

Ohne den Mut zur Wahrheit kann die Politik ihre Gestaltungskraft nicht zurückgewinnen

In der Freiheit bestehen

Die Zeit,
24.12.1993, S.1.

Von Wolfgang Huber

Mißtrauen geht um im Land. Es wird anders geredet als gehandelt, heißt der Vorwurf. Er trifft nicht nur die Politik, aber sie besonders unerbittlich. Wie alle Pauschalurteile, so ist auch dieses ungerecht. Doch es bildet einen Teil unserer Realität. Und für neue Nahrung wird ständig gesorgt.

Nötig ist heute eine Schneise durch das Dickicht des Mißtrauens. Alle gesellschaftlichen Institutionen sind darauf angewiesen. Sie alle gewinnen Handlungsfreiheit nur, wenn das lauernde Warten auf die nächste Unaufrichtigkeit überwunden wird. Durchbrüche können nur stattfinden, wenn die Wahrheit ernst genommen – und erkannte Wahrheit im Handeln befolgt wird. Sonst könnte das Urteil über unsere Generation heißen: „Denn sie tun nicht, was sie wissen.“

Warum sollten nicht Weihnachten und die Pause „zwischen den Jahren“ dazu genutzt werden, einen solchen Schritt zur Wahrhaftigkeit vorzubereiten? Modellprobleme sind dafür schnell zur Hand.

Die Vergangenheitsbewältigung: Noch immer muß man an jeder Windung der Diskussion über unsere deutsch-deutsche Vergangenheit befürchten, daß der Zug entgleist, weil Vorwürfe und Vorschläge immer und sofort ins maßlose gesteigert werden.

Die Lust an den Extremen verführt die einen zur Sündenbocksuche, die anderen zum geplanten Gedächtnisverlust, zur Amnesie. Wird in Ostdeutschland ein bisher unbekanntes Dokument über Gespräche zwischen Staatsfunktionären und Kirchenvertretern entdeckt, ist regelmäßig mindestens von „Kumpanei“ die Rede. Und wer von

dieser Diskussion genug hat, fordert gleich, alle Stasi-Akten zu verbrennen. Sehnsüchtig blickt man als Deutscher auf eine politische und geistige Kultur, die es dem Polen Adam Michnik möglich macht, sich für Amnestie und gerade damit gegen Amnesie auszusprechen, für ein Vergeben ohne ein Vergessen. Seine Anregung zeigt: Das Wühlen in der Vergangenheit und die Aufklärung der Vergangenheit sind zweierlei.

Wer in fairer Weise nach der Vergangenheit sucht, verläßt sich nie auf eine Quellenbasis allein – schon gar nicht auf diejenige eines Geheimdienstes. Wer fair sein will, spürt nicht nur den Mitläufern nach, sondern versucht, den Hauptakteuren auf die Schliche zu kommen. Die Wahrhaftigkeit erfordert, auch die Motive der Handelnden einzubeziehen; von denen, die sich den Mantel des Historikers umhängen, verlangt sie auch, über die Motive Rechenschaft zu geben, die unter diesem Mantel verborgen werden sollen. Wer sich einbildet, der Aufklärung schon dadurch zu dienen, daß vermeintliche Sündenböcke zur Treibjagd freigegeben werden, täuscht sich gründlich. Die Suche nach dem Sündenbock ist ein Opferritual, keine Aufklärung.

Die Folgen der deutschen Einheit: Wer heute nach den Folgen der deutschen Einheit fragt, hat zumeist nur deren Kosten im Blick. Die einen haben zu Beginn diese Kosten kleingeredet; die anderen haben sie geahnt, dabei aber die Bedeutung der Einheit selbst unterschätzt. Das Resultat war Ratlosigkeit auf beiden Seiten.

Noch schwerer wiegt das Ausmaß der Kränkungen, in die der Einigungsprozeß mündete. Wer die deutsche Einheit als das Mittel zu einem schnellen Wirtschaftsaufschwung im Osten ansah – „Ohne Wiedervereinigung kein Wirtschaftswunder“, hieß es auf handgemalten Wahlplakaten im Frühjahr 1990 –, fühlt sich verraten: Betriebsstillegungen,

massenhafte Arbeitslosigkeit, die Explosion der Wohnungskosten oder der Pleitegeier über neuen Firmen stärken nicht gerade den Glauben, daß das Wirtschaftswunder schon in vollem Gange sei.

Ostdeutsche, die für den Aufbau Ost ihr Können einsetzen, fühlen sich bevormundet; Westdeutsche, die das gleiche tun, fühlen sich mißverstanden. Die Mauer in Berlin ist abgetragen; doch in den Köpfen wächst die Mauer bedrohlich. Darüber, wie es „wirklich“ ist, reden Ostdeutsche wie Westdeutsche meistens unter sich. Wenn es so weitergeht, entstehen drei Sprachen: Westdeutsch, Ostdeutsch und Gesamtdeutsch. Für Westdeutsche jedenfalls gibt es aus diesem Labyrinth nur einen Ausweg: mehr zuhören, weniger vorsagen.

Die Verfügbarkeit des Menschen: In Erlangen wurde versucht, eine tote Frau zum Austragen eines Babys zu veranlassen. In Heidelberg wurden menschliche Leichen eingesetzt, um Autounfälle zu simulieren. Hier und da werden aus Leichnamen Organe entnommen, ohne daß die Verstorbenen oder ihre Hinterbliebenen zugestimmt haben. Im einen wie im anderen Fall schießt eine sensationsgierige Berichterstattung so weit über das Ziel hinaus, daß man die ungerecht attackierten Forscher verteidigen möchte. Im einen wie im anderen Fall wird der Eingriff in die Würde gestorbener Menschen damit gerechtfertigt, er diene nur dazu, Leben zu retten, zu verlängern oder in seiner Qualität zu verbessern.

Doch haben diese drei Ziele den gleichen Rang? Umfang, Notwendigkeit und Ertrag vieler Eingriffe bleiben so lange wie möglich im Halb-

dunkel. Es ist jedoch alles andere als „moralischer Materialismus“, daß unsere Kultur bisher auch Sterbenden und Gestorbenen Würde und Integrität zuerkennt. In sie darf nur eingegriffen werden, wenn das im Dienst an der Würde und Integrität Lebender vollkommen unumgänglich ist – und außerdem nur dann, wenn eine klare und freiwillige Zustimmung der Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen vorliegt.

Derzeit sind diese Fragen in ein Zwielicht getaucht, das durch planmäßiges wissenschaftliches Halbdunkel ebenso gefördert wird wie durch publizistische Sensationsgier. Das Mißtrauen, das dadurch geschürt wird, können nur die Hauptakteure selbst überwinden. Aus der Sackgasse führt nur ein konsequentes Wissenschaftsethos. Wissenschaft als Beruf verpflichtet vor allem auf zweierlei:

auf die Wahrheit und auf die Verantwortung für gegenwärtiges wie für künftiges Leben.

Das Thema Einwanderungspolitik: Daß Deutschland entscheidende Züge eines Einwanderungslandes trägt, ist eine Binsenwahrheit.

Im Saldo überwiegt die Zuwanderung die Abwanderung bei weitem; eine einigermaßen stabile demographische Entwicklung ist nur bei fortdauernder Zuwanderung möglich; das Ausmaß weltweiter Migrationen macht es nötig, den deutschen Anteil an der Aufnahme von Flüchtlingen und Einwanderern bewußt zu planen und zu gestalten. Diese einfachen Tatbestände werden von Vertretern sehr unterschiedlicher politischer Lager anerkannt. Das „Manifest der 60“ über „Deutschland und die Einwanderung“, das Anfang Dezember veröffentlicht

wurde, wird nicht nur von Anhängern einer politischen Richtung getragen. Doch zum Ausgangspunkt politischer Gestaltung werden diese schlichten Einsichten bisher nicht gemacht.

Zu den Folgen solcher Verdrängung zählt es, daß die deutsche Einwanderungspolitik eine besonders ausgeprägte ethnische Komponente enthält: Wer sich darauf berufen kann, deutschstämmig zu sein, genießt ein Zuwanderungsprivileg. Zu den besonders fatalen Folgen der geschilderten Verdrängung zählt aber auch, daß alle Fragen des Umgangs mit Flüchtlingen und Einwanderungswilligen in der politischen Diskussion der Jahre 1992 und 1993 durch das Nadelöhr einer einzigen Verfassungsbestimmung gezwängt wurden.

Optionen und Handlungsspielräume entstanden dadurch nicht. Wenn es hoch kommt, wurde eine kurze Atempause gewonnen. Wird sie nicht genutzt, um zu einer Einwanderungspolitik vorzustoßen, die zugleich realitätsgerecht und menschenrechtsgemäß ist, so werden die Verklemmungen bei der nächsten Diskussion über dieses Thema noch größer sein. Ein Träumer aber wäre, wer dächte, das Thema bliebe uns in Zukunft erspart.

Zur politischen Wahrhaftigkeit gehört schließlich: Der demokratische Rechtsstaat „Bundesrepublik Deutschland“ verdient nicht nur äußere, sondern auch innere Loyalität – und zwar deshalb, weil den Verfassungsprinzipien, auf denen er aufgebaut ist, Zustimmung gebührt. Die allgemeinen Menschenrechte sind die Grundlage dieses Gemeinwesens und zugleich der Maßstab, an dem dessen Zustand immer wieder zu prüfen ist. Um so ernster sind die Angriffe zu nehmen, die gegen den so verstandenen Verfassungsstaat und seine Grundlagen vorgetragen werden. Sie kom-

men nicht nur von denen, die mit nationalistischem Gehabe wieder das Recht des Stärkeren verkünden. Auch derjenige höhlt den Verfassungskonsens aus, dem die Würde des Menschen als eine Leerformel gilt, über die in einem nachchristlichen und nachreligiösen Zeitalter eine Verständigung nicht mehr möglich ist. Und gegen den Verfassungskonsens wirkt sich auch diejenige Position aus, die den Universalismus der Menschenrechte mit der Behauptung bestreitet, aus ihm folge ja doch nur eine heillose moralische Überforderung.

Ein bißchen Distanz zu unseren deutschen Befindlichkeiten kann dabei helfen, solche Fehlurteile zu durchschauen und neues Zutrauen zu den eigenen Prinzipien zu gewinnen. Nelson Mandela hat, als er zusammen mit Willem de Klerk am 10. Dezember in Oslo den Friedensnobelpreis entgegennahm, durch einen einfachen Gedanken solche Distanz ermöglicht. Er sprach von einer „neuen Welt“ der Demokratie, der Menschenrechte und der Freiheit von Armut und Hunger. Er zeigte, wie unumgänglich es in einer Zeit des Übergangs ist, diese alten Prinzipien mit neuem Leben zu füllen. Deshalb sprach er – nach dem unwiderruflichen Abschied von den Großutopien mit ihren Totalansprüchen – von der „neuen Welt“. Er dachte dabei an sein Land, an Südafrika. Aber auch hierzulande ist der Abstand unverkennbar, der uns von dem trennt, was unsere politischen Prinzipien verheißen.

Wer den demokratischen Verfassungsstaat nicht nur aus äußeren, sondern aus inneren Gründen bejaht, blickt deshalb über seinen gegenwärtigen Zustand hinaus. Wer in der Freiheit bestehen will, sieht auch, was an Freiheit noch fehlt.

Der Theologieprofessor Wolfgang Huber wurde im November zum Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg gewählt. Er wird sein Amt am 30. April 1994 antreten